

Persilschein für Heuschrecken

Private Equity Kapitalspekulanten bekommen für ihre Tätigkeiten beste Beurteilungsnoten von „Experten“

Von Gustav Paiska

Die Dreistigkeit der Manipulation und öffentlichen Lüge kann nicht mehr übertroffen werden. Ein Gutachten von „Experten“ stellt den Kapital- und Arbeitsplatzvernichtern, die unter dem deutschen Namen „Beteiligungsgesellschaften“ firmieren und im Anglo-amerikanischen Private Equity Unternehmen heißen, beste Noten für ihr Wirken aus. Vor knapp 2 Jahren hatte der damalige SPD-Vorsitzende und jetzige Vizekanzler Franz Müntefering öffentliches Aufsehen erregt, als er sie Heuschrecken nannte. Doch er und die sozialdemokratisch geführte Regierung Schröder haben nichts gegen die Heuschreckenplage unternommen, die den volkswirtschaftlichen Kahlfraß in Deutschland ungestört weiter betreibt. Im Gegenteil. Jetzt ist Müntefering Minister und Vizekanzler in einer neuen Bundesregierung und sein sozialdemokratischer Kollege, Finanzminister Steinbrück, hat ein sogenanntes wissenschaftliches Gutachten über jene Beteiligungsgesellschaften erstellen lassen. Und das bescheinigt den Heuschrecken jetzt sogar, für die deutsche Volkswirtschaft von großem Nutzen zu sein, weshalb man sie mit allen Mitteln fördern müsse. Es ist unglaublich, aber wahr.¹

Im deutschen Finanzministerium scheint man sich in der Materie Unternehmungsaufkäufe und Arbeitsplatzvernichtung nicht auszukennen. Wir erleben täglich, welche Schäden jene Firmenjäger und Kapitalhaie anrichten. Die Medien berichten ja (noch) darüber. Doch anscheinend sind noch nicht genug volkswirtschaftliche Werte vernichtet worden. Die hochdotierten Partei- und Ministerialbeamten im Finanzministerium beauftragen und bezahlen (mit deutschen Steuergeldern) externe Berater zur Begutachtung der Leistungen jener Firmenjäger. Allein das ist eine Schande! Sie bekunden damit ihr eigenes fachliches Unvermögen. Und sie beauftragen die Straftäter (Vernichter von volkswirtschaftlichem Produktivvermögens, von Arbeitsplätzen und technologischer Zukunft), ein Gutachten über ihre eigenen Straftaten zu erstellen. Das fällt dann natürlich genau so aus wie bei Kriminellen, würde man die ihnen angelasteten Straftaten mit „eigenen wissenschaftlichen (sozialpsychologischen) Gutachten“ beurteilen lassen. Armes Deutschland.

Was muß sich das deutsche Volk noch alles von einer vor Unfähigkeit strotzenden Politiker-Kaste gefallen lassen?

Der Zeitgenosse dieser unglaublichen Vorgänge kann nur eines: Diese Vorgänge dokumentieren, damit die Namen der Täter öffentlich benannt werden. Außer der Bundesregierung ist es diesmal die „Expertengruppe des Münchener Center for Entrepreneurial and Financial Studies (CEFS), der Rechtsanwaltssozietät White & Case, der European Business School und eine Handvoll akademische Lehrer der TU-München. Sie stellen fest, daß Private Equity Unternehmen in aller Regel nachhaltige Werte schaffen und die Profitabilität der aufgekauften Objekte erheblich steigern. Die Quintessenz ihrer Erkenntnis: „Durch den Einsatz von Finanzinvestoren sind in der Tendenz profitablere Unternehmen mit einer verbesserten Wettbewerbsposition entstanden.“²

Diese Behauptung ist so hanebüchen dumm, daß man ihren Verbreitern eigentlich sämtliche akademischen Grade aberkennen müßte. Nicht wegen ihres Glaubens an den Segen

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.03.2007 Seite 11

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.03.2007 Seite 16

des Neoliberalismus, sondern wegen ihrer erwiesenen fachlichen Inkompetenz. Sie orientieren sich allein am Profit! Das ist die privatwirtschaftliche „Mäuseperspektive“, die die volkswirtschaftlichen Auswirkungen einfach ausblendet. Wenn auch die Rendite gestiegen ist, so müßte dieser Steigerung der Einkommensverlust aus den Arbeitsplatzvernichtungen und der Transfer von Zukunftstechnologien ins Ausland gegenüber gestellt werden. Und zusätzlich die Tatsache, daß die arbeitslos Gewordenen von den noch Arbeitenden mittels deren Sozialbeiträgen und Steuern ausgehalten werden müssen, während die Steuern auf die Gewinneinkommen im stetigen Sinkflug begriffen sind, wobei diese Gewinne obendrein noch zu großen Teilen ausländischen Eigentümern zufließen, die ohnehin nicht für die arbeitslos gewordenen Inländer zur Verfügung stehen.

Entscheidende Beurteilungsgrundlage wäre nicht die Veränderung der Rendite (beschönigend von den Experten als Profitabilität bezeichnet), sondern die volkswirtschaftliche Wertschöpfung. Dies ist die Summe aus Gewinneinkommen und Arbeitseinkommen. Wenn die Wertschöpfung sinkt, infolge der mit der Gewinnsteigerung verbundenen Arbeitsplatzvernichtung, dann wäre der Vorgang der Steigerung der Profitabilität für eine Volkswirtschaft von Nachteil. Es kommt zu einem Wohlfahrtsverlust. Den erlebt die Mehrzahl der Menschen, das sind die Arbeitnehmer. Wenn einige wenige daraus Profit schlagen, so kann man diese volkswirtschaftliche Wertevernichtungsaktion noch lange nicht gut heißen. Über die Veränderung der Wertschöpfung haben die beauftragten Experten nichts verlautbaren lassen. Ein schlechteres – objektiv gesehen – Zeugnis hätten sich die Gutachter nicht selbst erstellen können. Ihr Gutachten reiht sich passend ein in jene vielen zur Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Renten-, Sozial- oder Föderalismusreform.

Nicht einmal die objektiv meßbare Tatsache, daß der Verschuldungsgrad der aufgekauften Unternehmen bedenklich angestiegen ist, wollen die „Gutachter“ gelten lassen. Bekanntlich finanzieren die Beteiligungsgesellschaften ihre Aufkäufe überwiegend mit Fremdkapital und lassen sich sogar im Austausch gegen dieses Fremdkapital vorhandene Eigenkapitalanteile auszahlen. Sie räumen nur ein, daß es vereinzelt vorkomme, daß sich Beteiligungsfonds zu Lasten von Gläubigern und Arbeitnehmern bereicherten. Da dies aber Einzelfälle seien und kein Marktversagen vorliege, gebe es keine ökonomische Rechtfertigung dafür, die Schuldenhöhe rechtlich zu beschränken. Auch diese Begründung ist unerhört. Die überhöhte Fremdfinanzierung ist bei allen Aufkäufen durch die „Heuschrecken“ praktiziert worden, denn daraus kommt ja in erster Linie die Steigerung der Profitabilität, wie es so schön heißt. Die Rendite muß wegen des Hebelwirkungseffektes steigen. Die Gefahr dieser krankhaften Renditesteigerung mittels übergroßer Fremdfinanzierung ist unübersehbar. Wenn nämlich in einem Konjunktumschwung die Zinssätze steigen und Unternehmensgewinne sinken, geraten die mit Eigenkapital unterfinanzierten, aber mit Fremdkapital überfinanzierten Unternehmungen schlagartig in die Insolvenz. Und da die sogenannten Beteiligungsunternehmen diese kranken Kapitalstrukturen durch ihre weite Verbreitung in allen Branchen und in allen kapitalistischen Volkswirtschaften etabliert haben, dürfte die Folge ein Domino-Effekt vom Ausmaß einer Weltwirtschaftskrise sein. Es gab vereinzelt Warnungen vor dieser Gefahr. In dem Gutachten scheint diese Gefahr völlig ausgeblendet zu sein. Die Medien zumindest haben nichts darüber berichtet.

Die „wissenschaftlichen Gutachter“ kommen im Ergebnis ihrer Arbeit zu der Erkenntnis, „in der deutschen Rechtsordnung ein oder zwei Anlagevehikel zu verankern“, die den Private Equity Spekulanten die Arbeit erleichtern sollen. Auf gut Deutsch: Das deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsrecht soll so geändert werden, daß den „Heuschrecken“ die Arbeit erleichtert wird. Die aber besteht darin, Arbeitsplätze und volkswirtschaftliches Produktivvermögen zu vernichten, damit die Spekulationsgewinne noch weiter gesteigert werden können. Insbesondere sollen die „Heuschrecken“ den internationalen Immobili-

enspekulanten mit der Rechtsform der AG (Reits) gleichgestellt werden. Das ist auch so ein „Vehikel“, das vom Globalkapital erst kürzlich für die Zwecke der eigenen Renditesteigerung kreiert worden ist. Das heißt, der Gewinn der Heuschrecken soll steuerfrei bleiben und nur die an die anonymen Eigentümer ausgeschütteten Gewinne sollen bei diesen dann der Steuer unterliegen. Kleine Anleger sollen von der steuerlich bevorzugten Spekulation aber ausgeschlossen werden, Versicherungen und Banken wird dagegen der Zugang erleichtert. Das große Kapital will schließlich die erwarteten großen Renditen auch über die Rentenversicherung verdienen, die zu diesem Zweck aus der staatlichen Regie in private Hände überführt werden soll.

Die „Experten“ für Spekulationsgeschäfte fordern also Sonderrechte für Spekulanten. Ob diese Experten ihr Salär nur von der Bundesregierung und damit aus den Steuergeldern jener Schafe erhalten, die auf diese Art und Weise geschoren werden sollen?